

Zeitschrift: Diskussion : Magazin für aktuelle Gewerkschaftspolitik
Herausgeber: Diskussion
Band: - (1992)
Heft: 17: Internationale Solidarität

Artikel: Hilfe zur Selbsthilfe
Autor: Magglin, Urs
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-584094>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 12.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Gewerkschaftliche
Bildungsarbeit in Mittel-
und Osteuropa:

Hilfe zur Selbsthilfe

Urs Mugglin

Mit der Gründung der regierungsunabhängigen polnischen Gewerkschaft Solidarnosc pflegte der Internationale Bund freier Gewerkschaften (IBFG) erstmals nach dem Zweiten Weltkrieg Kontakte zu einer osteuropäischen ArbeiterInnen-Organisation. Bereits kurz nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Regierungen in den mittel- und osteuropäischen Staaten – gegen Ende 1989 – wurde die Unterstützungstätigkeit ausgeweitet, vorerst auf die CSFR, auf Rumänien, Ungarn und seit kurzem auf Albanien und Bulgarien. Daneben engagieren sich auch nationale Gewerkschaftsbünde aus den meisten westeuropäischen Staaten, aus den USA, Kanada und Israel sowie die internationalen Berufssekretariate (internationalen Branchenverbände) an der gewerkschaftlichen Aufbauarbeit. Im Rahmen der Bildungstätigkeit des IBFG beteiligte sich auch der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) an Seminarien in der CSFR, Rumänien und Ungarn. Die Weiterführung ist geplant, wobei neu auch Bulgarien einbezogen werden soll.

Die politische Wende veränderte die Lage der Gewerkschaften in Mittel- und Osteuropa völlig. Bis anhin waren sie Teil des Machtapparates. Sie nahmen eine staatstragende Stellung ein und wirkten meist als «Transmissionsriemen» zwischen den kommunistischen Parteien und der arbeitenden Bevölkerung in ihren Ländern. Führende VertreterInnen der Gewerkschaften bekleideten zugleich wichtige staatliche Posten und verfügten dadurch über beträchtlichen politischen Einfluss. Auf betrieblicher und arbeitsrechtlicher Ebene verfügten die Gewerkschaften über weitgehende Mitsprache- und Mitbestimmungsrechte. Diesen privilegierten Status haben sie verloren. Von den Regierungen und von grossen Teilen der Öffentlichkeit werden sie als private Interessenszusammenschlüsse betrachtet. Die neu aufgebauten Gewerkschaften und ihre nationalen Dachverbände bzw. die «erneuerten» bisherigen Gewerkschaften, die in der

Regel ihre Führungen gänzlich auswechselten, müssen bei den ArbeitnehmerInnen zuerst das Vertrauen wieder aufbauen, weil durch die Nähe der früheren Gewerkschaften zu den Machthabern die gesamte Gewerkschaftsidee diskreditiert wurde. Zudem bestehen die Gewerkschaften nicht mehr aus einheitlichen und straff zentral geführten Organisationen, sondern oft aus lokalen, regionalen Branchen- oder Richtungsgewerkschaften, die teilweise selbstständig agieren oder sich in lose Dachorganisationen zusammenschliessen. Der frühere ungarische Gewerkschaftsbund SZOT beispielsweise zerfiel in vier Nachfolgeorganisationen. In der CSFR konnte mit der Gründung der CS KOS als Nachfolgeorganisation der bisherigen Gewerkschaft zwar eine organisatorische Einheit gerettet werden, allerdings besteht eine latente Gefahr der Spaltung aufgrund des nationalen Konfliktes zwischen Böhmen-Mähren (Tschechische Föderation) und der Slowakei. Nur dank einer stark föderalistischen Struktur konnte die Einheit bis heute gewahrt werden.

Die gewerkschaftliche Schulungsarbeit in den durch kommunistische Parteien beherrschten Staaten war vor der Wende weitgehend auf unkritische Behandlung von politischen und wirtschaftlichen Themenkreisen ausgerichtet, die die Erhaltung und Stärkung des Status quo zum Ziele hatte. Formen und Erkenntnisse der modernen Erwachsenenbildung fanden kaum Anwendung.

Mit dem Zusammenbruch der bisherigen Machtverhältnisse und mit dem Übergang von der Staats- zur Privatwirtschaft veränderte sich für die Gewerkschaften nicht nur ihre politische Lage, sondern auch ihr Aufgabenbereich. Dem repressiven System, das zwar soziale Sicherheit und kollektiven Einfluss auf die Betriebsführung zulässig, folgte das freiheitliche System mit sozialen Unsicherheiten und fehlender Mitbestimmung.

Neu haben sich die Gewerkschaften in einem andern Wirtschaftssystem zurechtzufinden, in dem sie sich ihr politisches Gewicht zuerst erkämpfen müssen und das sie mit neuen Problemstellungen konfrontiert, wie beispielsweise die starke Abschwächung der sozialen Sicherheit und die Entstehung der Arbeitslosigkeit. Die Anwerbung von neuen Mitgliedern, der Aufbau von demokratischen Strukturen und die Aktivierung der Mitgliedschaft stellte die neue und teilweise noch unerfahrene Gewerkschaftsführung auf allen Ebenen vor grosse Probleme.

Direkte Unterstützung durch Bildungsseminare

Ab 1990, mit der Neugründung von freien Gewerkschaften in Mittel- und Osteuropa, intensivierte der IBFG – die Weltorganisation der freien Gewerkschaften mit Mitgliedsorganisationen in über hundert Ländern und einer Gesamtmitgliedszahl von etwa

hundert Millionen Menschen – die direkte Unterstützung und führte in der Folge Bildungsseminarien durch. Zur Erleichterung der Kontakte eröffnete der IBFG im Herbst 1990 in Wien ein Büro, deren Leiter nicht nur erste Bezugsperson zur Weltorganisation ist, sondern daneben auch zuhauenden der Zentrale in Brüssel bzw. der Mitgliedsorganisationen Abklärungen vornimmt, Massnahmen vorschlägt, Treffen organisiert und als Referent an Tagungen, Kongressen und Seminarien teilnimmt. Der IBFG vermittelt seinen neuen Mitgliedsorganisationen Expertinnen und Experten für konkrete Aufbauarbeiten. BeraterInnen stellen ihre Erfahrungen und Kenntnisse zur Verfügung, um den Gewerkschaftsleitungen im Zusammenhang mit aktuellen Problemen Anregungen und Lösungsvorschläge zu unterbreiten. Beispielsweise übernahm ein britischer Gewerkschaftsfunktionär vorübergehend die Aufgabe eines politischen Stabssekretärs bei der tschechoslowakischen Gewerkschaft CS KOS, nachdem der arbeitnehmerfeindliche Finanzminister V. Klaus (ausgediente) Berater aus der Regierung Thatcher bezog. Schliesslich übt der IBFG, aufgrund von Anfragen seiner Mitgliedsorganisationen, gegenüber Regierungen mittels direkten Interventionen Druck aus, wenn die Interessen der lohnabhängigen Bevölkerungsteile tangiert sind und die Mitgliedsorganisation nicht ausreichend Einfluss hat, sich wunschgemäss Gehör zu verschaffen.

Die Bildungstätigkeit nahm der IBFG gegen Ende 1989 in Polen auf. Im Laufe von 1990 kamen Seminarien in der CSFR und in Rumänien, ab 1991 in Ungarn und gegen Ende des Jahres in Albanien dazu. Neu sind ab diesem Jahr Seminarien in Bulgarien geplant, nachdem im letzten Jahr der Dachverband Podkrepa in den IBFG aufgenommen wurde.

Für das ehemalige Gebiet der Sowjetunion ist vorerst nur die Finanzierung einer vorüber-

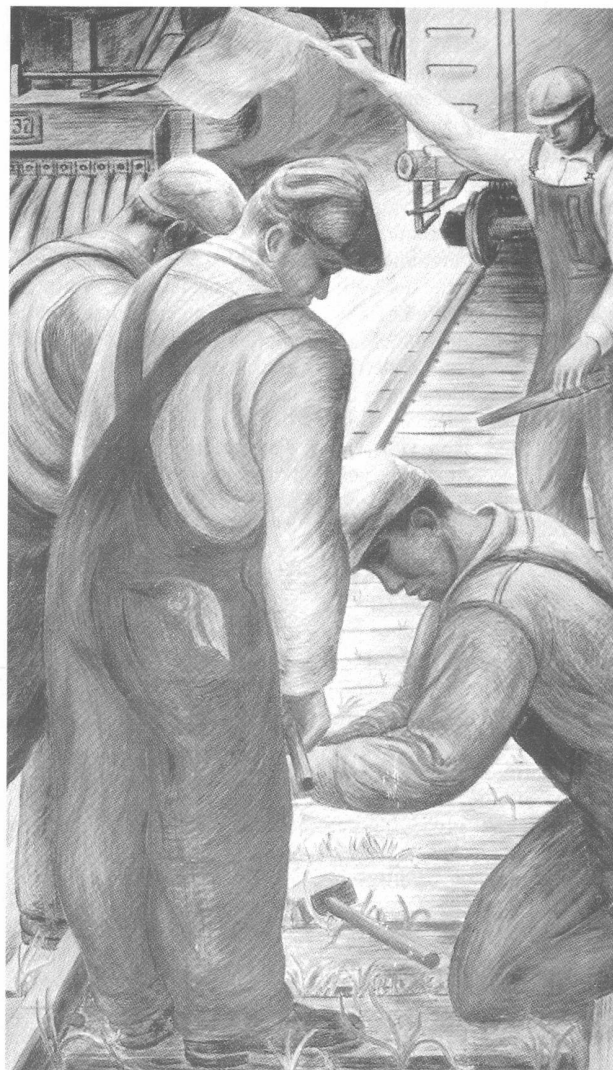
gehenden Kontaktstelle projektiert, damit Abklärungen über die neuen gewerkschaftlichen Entwicklungen in der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS) vorgenommen werden können, die für den IBFG das notwendige Grundlagenwissen zur Aufnahme von Kontakten liefern sollen. Die baltischen Staaten (Litauen,

Gewerkschaften in Mittel- und Osteuropa nicht über ausreichende Mittel verfügen, solche Seminarien von sich aus zu finanzieren, müssen die Mitgliedsorganisationen aus den Industriestaaten in die Lücke springen, entweder durch Spenden oder durch die Entsendung von Fachleuten als ReferentInnen bzw. Ani-

matorInnen. Für die Finanzierung solcher Seminarien dürfen vom IBFG keine Geldmittel zur Verfügung gestellt werden, die bis anhin für Unterstützungsarbeiten für die Gewerkschaften in den wirtschaftlich schlecht entwickelten Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas vorgesehen sind. Dies bedeutet, dass die IBFG-Mitgliedsorganisationen aufgerufen sind, zusätzliche Gelder aufzubringen, sei es durch eigene Mittel oder durch das Erwirken von staatlichen Spenden zur Finanzierung von konkreten Projekten.

Kurse für FunktionärInnen

Die erste Phase der Bildungstätigkeit war jeweils auf Funktionärinnen und Funktionäre der untersten Ebenen ausgerichtet, damit gewerkschaftliches Wissen raschmöglichst auch auf die Basismitgliedschaft weitergeleitet bzw. im Sinne ihrer Interessen umgesetzt werden konnte. Als erfolgreich erwies sich in Rumänien die Durchführung von sogenannten Reiseseminarien. Deshalb wird diese Form der primären Gewerkschaftsausbildung auch für Albanien und Bulgarien angewendet. Während fünf Tagen werden dezentral in verschiedenen Regionen des Landes Grundwissen zu Themen wie Arbeitsschutz, Funktionsweise der Marktwirtschaft, Gewerkschaftsrechte usw. vermittelt. Dabei begleiten ein oder zwei VertreterInnen der zuständigen Gewerkschaftsorganisation die ausländischen Fachleute, um sich bei dieser Gelegenheit zusätzlich Kenntnisse über Organisation und Durchführung von Bildungsveranstaltungen anzueignen. Nach Abschluss der Reiseseminarien werden diese Personen zusätzlich noch zentral zu einem Spezialkurs zusammengezogen, um ihnen didaktische und methodische Fähigkeiten zu vermitteln. Sie sollen anschliessend innerhalb ihrer Organisation als AusbilderInnen eingesetzt werden können. Dadurch kann sukzessive die eigenständige



Letland und Estland) werden durch die Gewerkschaften aus Dänemark, Finnland, Norwegen und Schweden betreut. Das IBFG-Schulungsprogramm basiert weitgehend auf den Wünschen der mittel- und osteuropäischen Gewerkschaftsdachverbände, die sich in der Zwischenzeit dem IBFG angeschlossen haben. Da sowohl der IBFG wie auch die

Aus dem Bild «Eisenbahn- und Schiffsbau»: zwischen den Schwellen wächst schon das Gras... Ausschnitt aus einem Fresko von William Hesthal.

Durchführung von Bildungsprogrammen für die Basismitgliedschaft ermöglicht werden.

Neben dieser Form von Bildungsveranstaltungen gelangen auch Kurse für Funktionärinnen und Funktionäre in Betrieben und gewerkschaftlichen Leitungsebenen zur Durchführung. Themen dieser Kurse sind u.a. Beschäftigungspolitik, Sozialversicherungen, Vertragsverhandlungen.

Ebenfalls Teil des IBFG-Bildungsprogramms sind spezielle Behandlungen von Einzelfragen. Anfang Februar 1991 fand in Wien eine Tagung zum Thema Arbeitsplatzsicherheit und Arbeitsmedizin statt, an der TeilnehmerInnen sowohl aus den mittel- und osteuropäischen wie auch aus den westeuropäischen Ländern vertreten waren. Im Anschluss daran wurde zu diesem Thema in der CSFR ein Film gedreht. Er wurde auf verschiedene Sprachen synchronisiert. Zusätzlich erarbeitet der IBFG momentan eine spezielle Publikation, die ebenfalls in verschiedene mittel- und osteuropäische Sprachen übersetzt wird. Sowohl der Film wie auch die Publikation sollen in Zukunft als Lehrmittel eingesetzt werden. Für 1992 sind zu diesem Thema zudem in Bulgarien und Rumänien und später auch noch in andern Staaten Seminare geplant.

Anlässlich einer Tagung im letzten Oktober in Brüssel analysierte der Frauen-Ausschuss des IBFG die aktuelle Lage der Frauen in der Gesellschaft und in der Arbeitswelt der mittel- und osteuropäischen Staaten und beschloss, ein besonderes Ausbildungsprogramm für Frauen zu ent-

wickeln. Dies sollte auf ihre Bedürfnisse in der Arbeitswelt wie auch ihrer Situation innerhalb der Gewerkschaften Rücksicht nehmen. 1992 sind solche Seminare in Bulgarien, in der CSFR, in Polen, Rumänien und Ungarn geplant.

Eine Tagung zum Thema der sozialen Dimension des wirtschaftlichen Reformprozesses in Mittel- und Osteuropa vom September 1990 in Wien löste 1991 das Bedürfnis zu nationalen Konferenzen in Ungarn und in der CSFR aus. Zum gleichen Thema sind analoge Konferenzen 1992 in Bulgarien, Polen und Rumänien geplant. Im weiteren versucht der IBFG, ein Zusammentreffen mit dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank zu organisieren. Dabei sollen die Delegationen aus den verschiedenen Ländern in New York – auf dem Weg zum IBFG-Weltkongress in Caracas – ihre Bedenken, Hoffnungen und Forderungen gegenüber diesen Institutionen aus gewerkschaftlicher Sicht vorstellen können. Schliesslich ist es vorgesehen, zu diesem Thema Hintergrundmaterial zu erarbeiten.

Insgesamt hat der IBFG 1992 für Unterstützungs- und Bildungstätigkeiten rund 1 175 000 US-Dollar budgetiert. Darin inbegriffen sind Kosten für die gesamte Bildungstätigkeit sowie für das Kontaktbüro in Wien und die vorübergehenden Vertretungen in verschiedenen Ländern.

Auch der SGB arbeitet mit

Der SGB nahm im Herbst 1990 erstmals an einem vom IBFG initiierten Seminar teil. Seitdem wurde diese Mitarbeit kontinuierlich ausgeweitet. Kolleginnen und Kollegen aus der welschen Schweiz beteiligten sich an Seminaren in Rumänien zu folgenden Themen: Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin, Kommunikation innerhalb der Gewerkschaften, Bedürfnisse der arbeitenden Frauen. Ende September/Anfang Oktober 1991 wurden leitende Funktionärinnen und Funktionäre

der FRATIA – eine der neugegründeten nationalen Gewerkschaftsorganisationen in Rumänien – nach Neuenburg zu einem einwöchigen Seminar eingeladen. Dabei ging es um eine Vertiefung der anlässlich der Seminare in Rumänien behandelten Themen. Besichtigungen und Diskussionen mit schweizerischen Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern rundeten das Programm ab.

Spezielle Kontakte bestehen auch zur tschechoslowakischen Dachorganisation CS KOS. Der SGB delegierte 1990/91 Fachleute an Tagungen und Seminare zu folgenden Themen: Funktionsweise und Probleme der Marktwirtschaft, Beschäftigungspolitik und Umschulung, Vertragsverhandlungen, Sozialversicherungen, internationale Migration, Beschäftigung und neue Technologien. Im Herbst 1991 wurde auch mit Ungarn die Zusammenarbeit aufgenommen, und zwar zu zwei Seminaren zu den Themen Arbeitslosigkeit und Umschulung sowie Gewerkschaftsrechte und Mitbestimmung. Die entstandenen Kosten für die gesamte Bildungstätigkeit wurden weitgehend vom Eidg. Departement des Äusseren im Rahmen des Kredites für die Hilfe in Mittel- und Osteuropa übernommen.

Im Februar und März 1992 führt der SGB in der Nähe von Prag bzw. Bratislava je ein einwöchiges Seminar zur Ausbildung von zukünftigen KursleiterInnen für Arbeitslosenkurse durch. Ein analoges Seminar ist auch für Ungarn geplant. Unter der Voraussetzung, dass der Bund auch in diesem Jahr den Grossteil der Kosten übernimmt, wird sich der SGB in diesem Jahr an verschiedenen Seminaren in der CSFR, in Rumänien, Ungarn und neuerdings auch in Bulgarien beteiligen. Eine direkte Anfrage liegt im weiteren auch von einer Regionalgruppe der Solidarnosc vor, die einen Bildungszyklus zu verschiedenen Themen durchführen möchte. Kontakte bestehen mittlerweile auch zwischen Einzelgewerkschaften des SGB und

verwandten Branchengewerkschaften in Mittel- und Osteuropa. Beispielsweise weilte im Februar 1992 eine Delegation der bulgarischen MetallarbeiterInnen als Gast des Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeitervereins (SMUV) in der Schweiz, die Gewerkschaft Textil, Chemie, Papier (GTCP) bereitet eine Schulungswoche mit ungarischen ChemiearbeiterInnen vor und die Gewerkschaft Bau und Holz (GBH) arbeitet an einem Konzept für die Ausbildung von AusbilderInnen der Bau- und HolzarbeiterInnen-Gewerkschaften in Mittel- und Osteuropa.

Die Bildungskonzepte sind auf die Multiplikatorenwirkung im Sinne der Hilfe zur Selbsthilfe ausgerichtet. Aufgrund der Reaktionen der Betroffenen und der Evaluationen der IBFG hat diese Hilfe sich für die Entwicklung der Gewerkschaften in Mittel- und Osteuropa bis jetzt positiv ausgewirkt. Allerdings muss diese Unterstützung auch in den kommenden Jahren fortgesetzt werden, insbesondere was die finanziellen Hilfen betrifft.

... weitet sich die Verarmung aus ...

Der IBFG und seine Mitgliedsorganisationen, die sein Bildungsprogramm mittragen, haben sich zum Ziel gesetzt, nicht nur ihren Schwesternorganisationen beim Aufbau zu helfen und sie handlungsfähig zu machen, sondern gleichzeitig einen Beitrag zur Festigung des Demokratisierungsprozesses zu leisten. Kann die soziale Dimension im wirtschaftlichen Reformprozess nicht integriert werden und weitet sich deshalb die Verarmung aus, so besteht die Gefahr einer verstärkten Emigration sowie einer Zunahme nationalistischer und rechtsradikaler Tendenzen. Dadurch würde sowohl die wirtschaftliche wie auch die demokratische Entwicklung gefährdet. Aus der Geschichte wissen wir, dass starke Gewerkschaften zu den besten Demokratiegaranten gehören.